

# Unterschied von 10,8 Jahren

Auch in hoch entwickelten Industrieländern differiert die Lebenserwartung der Bürger je nach ihrem sozio-ökonomischen Status um zehn Jahre und mehr. Das Gesundheitssystem allein kann den Mischstand nicht lösen, wie die Delegierten des 116. Deutschen Ärztetags in Hannover deutlich machten.

von Sabine Schindler-Marlow

Das Beispiel, das Professor Dr. Olaf von dem Knesebeck auf dem 116. Deutschen Ärztetag in Hannover vortrug, war beeindruckend: Im Glasgower Problembezirk Calton hätten Männer statistisch eine Lebenserwartung von 54 Jahren. Damit liege diese so hoch wie in der Demokratischen Republik Kongo, sagte der Direktor des Instituts für medizinische Soziologie, Sozialmedizin und Gesundheitsökonomie am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE). Im Glasgower Nobelstadtteil Lenzie hingegen – nur 18 Autominuten von Calton entfernt – liege die Lebenserwartung von Männern laut WHO-Daten von 2008 bei 82 Jahren. Innerhalb von wenigen Kilometern differiere die Lebenserwartung damit um 28 Jahre, so von dem Knesebeck, der mit seinem Referat den Tagesordnungspunkt „Gesundheitliche Folgen von Armut“ des Ärztetags einläutete.

## Höheres Risiko für Herzinfarkt

Auch in Deutschland stirbt nach den Worten des Hamburger Experten früher, wer arm ist: So unterscheide sich die Lebenserwartung ab der Geburt zwischen Männern, die einer höheren Einkommenschicht angehören, und solchen, die in relativer Armut leben, um 10,8 Jahre, bei Frauen betrage der Unterschied 8,4 Jahre. Die gesundheitlichen Auswirkungen von Armut und sozialer Benachteiligung zeigen sich neben der reduzierten Lebenserwartung auch an einem höheren Risiko, zum Beispiel einen Herzinfarkt oder Schlaganfall zu erleiden oder chronische Lebererkrankungen, Diabetes und Osteoporose zu entwickeln, so von dem Knesebeck.

Schon im Kindesalter lassen sich Zusammenhänge zwischen sozialem Status und Gesundheit beobachten: So weisen die Ergebnisse der Analysen der KIGGS-Studie des Robert Koch-Instituts darauf hin, dass Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigem Sozialstatus in vielen Bereichen geringere Gesundheits- und Bildungschancen haben. Neben dem allgemeinen Gesundheitsstatus lässt sich dies insbesondere in Bezug auf psychische und Verhaltensauffälligkeiten, Übergewicht und Adipositas, die körperlich-sportliche Aktivität, das Ernährungsverhalten, die Passivrauchbelastung und die Teilnahme am Krankheitsfrüherkennungsprogramm für Kinder (U-Untersuchungen) feststellen.

Die Erklärungsmuster für gesundheitliche Ungleichheit sind vielfältig: Mit ge-

ringerer Bildung assoziieren Wissenschaftler beispielsweise gesundheitsschädigende Verhaltensweisen, eine geringere Inanspruchnahme des Versorgungssystems sowie psychosoziale Belastungsfaktoren, die in der Summe zu den Unterschieden der Lebenserwartung beitragen.

## Gesundheitsressourcen aufbauen

„Wir haben als Ärzteschaft einen sozialmedizinischen Auftrag“, sagte Rudolf Henke, Präsident der Ärztekammer Nordrhein, „und das heißt, wir müssen uns als Ärzteschaft darum bemühen, Möglichkeiten und Voraussetzungen zu schaffen, damit alle Menschen befähigt werden, ihr Gesundheitspotenzial bestmöglich auszuschöpfen.“ Beispielhaft führte er die Aktivitäten der Ärztekammer Nordrhein im Bereich der Kindergesundheit an. Er verwies auf die jährlich stattfindenden Kammerkolloquien zur Kindergesundheit (siehe unten) sowie auf das Grundschulprojekt der Ärztekammer Nordrhein und der AOK Rheinland/Hamburg „Gesund macht Schule“. Ziel ist, Kinder und Eltern möglichst früh für das Thema Gesundheit zu sensibilisieren und Ressourcen zu stärken.

Die Delegierten des Ärztetags forderten den Gesetzgeber dazu auf, die Informationen zur Wahrnehmung der Schwangerenvorsorgeuntersuchung zu verbessern und eingehender über die Gefahren des Konsums von Alkohol, Tabak und anderen Substanzen während der Schwangerschaft aufzuklären. An Kindertagesstätten und Schulen soll durch den Ausbau von Schuluntersuchungen und Gesundheitsförderungsangeboten die Prävention gefördert werden. Auch Langzeitarbeitslosen sollen mehr Angebote zur Vorsorge von Erkrankungen zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus setzt sich der Ärztetag für den Aufbau eines flächendeckenden Netzes medizinischer Hilfe für Wohnungslose sowie für die angemessene Versorgung von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus und für eine Stärkung präventiver Angebote für ältere Menschen ein.

## 3. Kammerkolloquium Kindergesundheit

Zum „3. Kammerkolloquium Kindergesundheit“ lädt die Ärztekammer Nordrhein interessierte Ärztinnen und Ärzte am Samstag, 29. Juni von 10 bis 15 Uhr ins Haus der Ärzteschaft, Tersteegenstraße 9, 40474 Düsseldorf ein. Informationen zum Programm: [www.aekno.de](http://www.aekno.de)

## Gerichtsfeste Befunderhebung

Mit einem Antrag für eine verbesserte Befunderhebung und Befunddokumentation bei akut traumatisierten Gewaltopfern



rückten Dr. Carsten König M. san. (Foto) und weitere Delegierte der Ärztekammer Nordrhein eine weitere Facette sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit in den Fokus. Gewalt kommt zwar in allen Bevölkerungs- und Altersschichten vor, allerdings würden Menschen mit niedrigem Sozialstatus häufiger Opfer akuter Traumatisierungen. Um diese Menschen in Gerichtsverfahren mit verwertbaren Befunderhebungen zu unterstützen, sei es unerlässlich, möglichst allen Ärztinnen und Ärzten in Praxen und Krankenhäusern validierte und standardisierte Konzepte mit Checklisten zur Dokumentation von Verletzungen zur Verfügung zu stellen. „Wichtig ist, dass wir Ärztinnen und Ärzte Trauma-Opfer nicht nur medizinisch und psychosozial helfen, sondern dass wir ihnen mit gerichtsfester Befunddokumentation in Gerichtsverfahren auch zu ihrem Recht verhelfen. In der kommunalen Gesundheitskonferenz der Stadt Düsseldorf sind in Zusammenarbeit mit dem Institut für Rechtsmedizin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf gute Checklisten zur gerichtsfesten Befunddokumentation erarbeitet worden. Diese Vorarbeit könnte in ein bundesweit einheitliches Konzept zur Befunddokumentation einfließen“, sagt König, der Vorsitzender der Kreisstelle Düsseldorf der Ärztekammer Nordrhein ist.